

Soroptimist International Deutschland am 24. August 2026

Wahlprüfsteine: Gleichstellung verteidigen – Demokratie sichern

Die Parteien in Sachsen-Anhalt und ihre Positionen zur Gleichstellungs- und Frauenpolitik

Kernaussagen & Forderungen der Parteien zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt



Gewalt gegen Frauen und Mädchen: Schutz- und Unterstützungsstrukturen

Bedarfsgerechter Ausbau von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Interventionsstellen in Sachsen-Anhalt lt. Gewalthilfegesetz

CDU

Umsetzung des Gewalthilfegesetzes als zentraler Rahmen

- Bekenntnis zu einem bedarfsgerechten und verlässlichen Hilfesystem.
- Schutzangebote sollen flächendeckend erreichbar sein, auch im ländlichen Raum.
- Umsetzung des Gewalthilfegesetzes als zentraler Rahmen.
- Ziel: keine Eigenanteile für Frauen und Kinder im Frauenhaus.
- Weiterentwicklung bestehender Angebote gemeinsam mit Trägern.

AfD

Keine Aussagen zu Gewalt gegen Frauen im Wahlprogramm, allgemeine Aussagen zur Inneren Sicherheit

SPD

Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, das der Staat aktiv bekämpfen muss

- Ausbau von Frauenhäusern, Schutzwohnungen und Beratungsstellen im ganzen Land.
- Fokus auf ländliche Regionen, mobile und digitale Beratung
- Tarifliche Vergütung, stabile Finanzierung, mehrjährige Förderverträge
- Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und des Gewalthilfegesetzes
- Nutzung des Forschungs- und Entwicklungsprojektes WEMO-Projekts für eine landesweite Bedarfsanalyse
- Gesetzgeberische Schritte ab 2027

Die Linke

Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und den darin vorgesehenen Ausbau der Frauenhäuser ohne Verzögerung

- Forderung nach einer bundesweiten Gesamtstrategie und einem Rechtsanspruch
- Ausbau von Frauenhausplätzen, ambulanten Beratungsstellen und Schutz für trans-Frauen*, sowie niedrigschwellige Angebote
- Barrierefreie Angebote für Migrantinnen und vulnerable Gruppen
- Vollfinanzierung statt Projektförderung; Abschaffung aller Eigenanteile
- Einrichtung einer Monitoringstelle und eines Runden Tisches
- Kommunen sollen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können

Bündnis90/ Die Grünen

Umsetzung des Gewalthilfegesetzes

- Konsequente Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und des Rechtsanspruchs auf Schutz.
- Abschaffung des Eigenanteils für Bewohnerinnen im Frauenhaus.
- Ausbau der Frauenhausplätze und Beratungsangebote nach Bedarfsanalyse.
- Starker Fokus auf Barrierefreiheit und Schutz für Frauen mit Behinderung.
- Flächendeckender Ausbau mobiler und ambulanter Angebote

FDP

- Stärkung der Frauenhäuser, Investitionen absichern.
- Abschaffung der Eigenanteile politisch begleiten.
- Schutz- und Beratungsangebote sollen niedrigschwellig und wohnortnah sein.
- Finanzierung dauerhaft aus Landes- und Bundesmitteln.
- Hervorhebung eigener Erfolge (Hauswirtschafterinnen, Investitionssteigerung n)

BSW

Gewalt gegen Frauen als staatliche Aufgabe

- Dauerhafte und auskömmliche Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen.
- Schutz darf nicht vom Wohnort oder kommunaler Haushaltslage abhängen.
- Schutzräume für vulnerable Gruppen nach biologischem Geschlecht getrennt.
- Ausbau von Gewaltambulanzen, auch telemedizinisch.
- Systematische Erfassung von Femiziden

Finanzierung

SPD, Grüne, Linke, FDP, BSW: wollen dauerhafte, verlässliche Finanzierung, Linke & BSW: fordern Vollfinanzierung ohne Projektmittel, CDU/CSU: langfristige Finanzierung, aber weniger konkret, AfD: keine Position.

Schutz für vulnerable Gruppen

Grüne & Linke: sehr stark (Behinderungen, Migrantinnen, trans* Frauen). BSW: getrennte Schutzräume nach biologischem Geschlecht, SPD: Barrierefreiheit, aber weniger spezifisch, CDU & FDP: allgemein, ohne Fokus auf spezielle Gruppen

Strukturelle Maßnahmen

Linke: Monitoringstelle, Runder Tisch, Vollfinanzierung, BSW: Ausbau Gewaltambulanzen, Erfassung von Femiziden, SPD: Bedarfsanalyse, Ausbau Beratungsstellen, Digitalisierung, Grüne: Barrierefreiheit, mobile Angebote, CDU & FDP: Weiterentwicklung bestehender Strukturen

Beteiligung von Frauen an Politik und öffentlichem Leben

Maßnahmen, um den Anteil von Frauen im Landtag, in kommunalen Vertretungen, Landesgesellschaften und Führungspositionen des öffentlichen Dienstes weiter zu erhöhen

CDU

Die CDU sieht Verbesserungsbedarf vor allem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Führungspositionen sollen familienfreundlicher gestaltet werden.

AfD

- Generelle Ablehnung von Gleichstellungsquoten, Paritätszielen und Gleichstellungsbeauftragten
- Kritik an bestehenden Gleichstellungsstrukturen als ideologisch motiviert
- Forderung nach Abschaffung des „Beauftragtenunwesens“ generell

SPD

Die SPD betrachtet Gleichstellung als demokratischen und verfassungsrechtlichen Auftrag. Ihre Forderungen:

- Modernisierung Frauenfördergesetz,
- Stärkung der Gleichstellungsbeauftragte
- Mehr Frauen stärker in Führungs- und Entscheidungspositionen

Die Linke

- Ein modernes Gleichstellungsgesetz
- Ein Paritätsgesetz für Wahllisten
- verbindliche Quoten in Verwaltung und Landesgesellschaften sowie zusätzliche Fördermaßnahmen wie Mentoring und Qualifizierung

Bündnis90/ Die Grünen

Weitgehende Forderungen nach Parität

- Unterstützung von verbindlichen Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen
- Sanktionen bei Nichterreichung von Gleichstellungszielen.
- Ein verfassungskonformes Paritätsgesetz für Parlamente

FDP

- Weiterentwicklung des Frauenfördergesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz
- transparente Verfahren
- bessere Vereinbarkeit und gleiche Aufstiegschancen
- Starre Geschlechterquoten werden ausdrücklich abgelehnt

BSW

Keine Position zu den abgefragten Themen veröffentlicht

Kurzfassung

Die Antworten der Parteien zeigen deutliche Unterschiede bei der Frage, wie der Frauenanteil in Politik, Verwaltung und öffentlichen Führungspositionen erhöht werden soll:

- SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke befürworten verbindliche Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils, darunter Quoten, Paritätsregelungen und die Stärkung von Gleichstellungsstrukturen.
- FDP setzt auf Modernisierung des Gleichstellungsgesetzes, bessere Rahmenbedingungen und Transparenz, lehnt aber starre Quoten ab.
- CDU fokussiert sich vor allem auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine schrittweise stärkere Beteiligung von Frauen.
- AfD lehnt Quoten, Gleichstellungspolitik und Gleichstellungsbeauftragte weitgehend ab und setzt ausschließlich auf das Leistungsprinzip.
- BSW hat zu diesem Themenkomplex keine Stellungnahme abgegeben.



Gender Mainstreaming und Gleichstellungsstrategien

Systematische Verankerung der Gleichstellung in allen Politikfeldern der Landesregierung, z.B. durch Gleichstellungschecks, Gender Budgeting, Fortschreibung der Gleichstellungsstrategie

CDU

- Verweis auf bestehende Maßnahmen wie die Prüfung von Kabinettsvorlagen auf Familienfreundlichkeit und Erstellung des Gleichstellungsberichts.
- Fokus liegt deutlich auf bestehenden Verfahren und nicht auf neuen, verbindlichen Instrumenten

AfD

Die AfD lehnt zentrale Instrumente der bisherigen Gleichstellungspolitik grundsätzlich ab. Ihre Forderungen:

- Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten
- Einführung von Familienbeauftragten
- Prüfung aller Gesetze auf Familien- und Kinderfreundlichkeit
- Schwerpunkt auf Geburtenrate sowie Unterstützung von einheimischen Familien

SPD

Die SPD befürwortet eine umfassende und verbindliche Verankerung von Gleichstellung in allen Politikfeldern und Ministerien, darunter:

- Gleichstellungschecks für Gesetze und Maßnahmen
- Weiterentwicklung des Frauenfördergesetzes zu einem modernen Gleichstellungsgesetz
- Gender Budgeting im Landeshaushalt
- Zielvorgaben und Erfolgskontrollen
- Systematische Steuerung und verbindliche Umsetzung von Gleichstellung in allen Ressorts

Die Linke

Gleichstellung wird als grundlegende gesellschaftliche Gerechtigkeitsfrage angesehen.

- Anerkennung von Gleichstellung als verbindliches Leitprinzip für alle Politikbereiche
- verbindliche Gleichstellungschecks für Gesetze und Förderprogramme
- Gender Budgeting
- Landesgleichstellungsgesetz mit messbaren Zielen und regelmäßiger Evaluation
- Ein Schwerpunkt auf Rechten von queeren Menschen im Sinne eines intersektionalen und transinklusive Feminismus

Bündnis90/ Die Grünen

- Weiterentwicklung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt mit klaren Zielvorgaben, verbindlichen Indikatoren und jährlichen Monitoring
- Einführung einer verpflichtenden Gender-Mainstreaming-Prüfung für Landesgesetze
- Geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender Budgeting) als gängiges Mittel der Haushaltsaufstellung.
- Überprüfung von Maßnahmen in allen Politikfeldern zur Geschlechtergerechtigkeit, um Benachteiligungen von Frauen von vornherein auszuschließen
- Weiterentwicklung des Frauenfördergesetzes zu einem modernen Gleichstellungsgesetz

FDP

- Unterstützung für ein zeitgemäßes Gleichstellungsgesetz für Sachsen-Anhalt.
- Fokus auf individuelle Chancen, Selbstbestimmung und faire Teilhabe.
- Statt starrer Vorgaben Befürwortung von ressortinternen Evaluationen zur Umsetzung von Gleichstellung

BSW

Das BSW nimmt für sich einen pragmatischen Zugang in Anspruch, der die Orientierung an konkreten Lebenslagen statt ideologischer Debatten und symbolischer Gleichstellungspolitik fördern soll.

- Gleichstellung ebenfalls als Querschnittsaufgabe
- Prüfung aller politischen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf Selbstbestimmung, Teilhabe und Chancengleichheit

Kurzfassung

Die Parteien sind sich mit Ausnahme der AfD, weitgehend darin einig, dass Gleichstellung ein wichtiges politisches Thema ist. Unterschiede zeigen sich jedoch darin, wie weit Gleichstellung als Querschnittsaufgabe verankert werden soll, welche Instrumente eingesetzt werden sollen und ob der Schwerpunkt auf Geschlechtergerechtigkeit oder auf Familienpolitik gelegt wird.

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Sicherstellung, dass die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen können

CDU

- Verweis auf bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen wie die verpflichtende Bestellung nach dem Kommunalverfassungsgesetz.
- Gleichstellungsbeauftragte unmittelbar den Hauptverwaltungsbeamten unterstellt und weisungsunabhängig, Teilnahme- und Rederecht in Sitzungen vorhanden
- vorhandene Rechte gewährleisten bereits starke Stellung

AfD

- Abschaffung der Pflicht zur Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter
- Entsprechende Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes
- Umwidmung der freiwerdenden Stellen und Ressourcen für andere Aufgaben
- Kommunale Gleichstellungsbeauftragte wie Gleichstellungsbeauftragte generell im öffentlichen Dienst gelten als überflüssig

SPD

- Deutliche Stärkung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter mit struktureller Unabhängigkeit, ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen, verbindlichen Mitwirkungsrechten
- stärkere gesetzliche Rechte sowie ein Klagerecht im Rahmen eines neuen Gleichstellungsgesetzes

Die Linke

- umfassende Stärkung durch bessere personelle und finanzielle Ausstattung
- klare Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte, Schutz der fachlichen Unabhängigkeit, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote
- Verankerung in einem künftigen Gleichstellungsgesetz

Bündnis90/ Die Grünen

- Kommunale Gleichstellungsbeauftragte in den Landkreisen und Gemeinden mit mehr als 25.000 Einwohner/-innen müssen weiterhin hauptamtlich und weisungsfrei tätig sein
- Ausschließliche Betrauung mit gleichstellungsthematischen Aufgaben, vor allem in ländlichen Räumen Stärkung der bisher ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in Gemeinden mit weniger als 25.000 Einwohner/-innen
- Austausch in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs auf Weiterbildung auf mindestens zwei Wochen pro Jahr
- Einführung der Klagebefugnis für alle Gleichstellungsbeauftragten im Rahmen ihrer Aufgaben

FDP

- Befürwortung klarer Zuständigkeiten, verlässliche Ausstattung und gute Einbindung in kommunale Prozesse
- mehr Flexibilität für Kommunen und Entscheidungsmöglichkeiten für konkrete Ausgestaltung

BSW

- Ausdrückliche Ablehnung der Abschaffung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- Gleichstellungsarbeit ist verfassungsrechtlicher Auftrag
- Sparmaßnahmen generell nicht zulasten der Gleichstellung

Kurzfassung

Die Antworten reichen von einer deutlichen Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke, BSW) über die Beibehaltung der bestehenden Strukturen (CDU, FDP) bis hin zur Abschaffung der Pflicht zur Bestellung (AfD).

Erwerbsintegration, Qualifizierung und Fachkräftesicherung

Spezifische Maßnahmen für Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, in der Teilzeitfalle oder ohne Berufsabschluss

CDU

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt
- Verweis auf bestehende Programme, u.a. Ausbau von Kita-Plätzen und Ganztagschulen, Rückkehrprogramme nach Familienphasen, gezielte Beratung durch Arbeitsagenturen, Förderung berufsbegleitender Ausbildungen und Teilzeitqualifizierungen
- Förderung flexibler Arbeitsmodelle wie Jobsharing und flexible Arbeitszeiten

Kurzfassung (1/2)

SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vertreten eine Reihe von gemeinsamen Positionen wie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Qualifizierungsmöglichkeiten in Teilzeit, den Ausbau der Kinderbetreuung und spezifischer Beratungsangebote. SPD und CDU erwähnen vor allem die bestehenden Programme und Maßnahmen des Landes, die fortgeführt werden sollen. Bündnis 90/Die Grünen und die Linke stellen zusätzlich weitergehende Forderungen, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten vor allem auf den Abbau von struktureller Benachteiligung von Frauen zielen.

AfD

Im Wahlprogramm werden zu spezifischen Programmen oder Maßnahmen keine Angaben gemacht.

SPD

- Frauen und Alleinerziehende durch Teilzeit, Sorgearbeit und Erwerbsunterbrechungen besonders benachteiligt
- Verweis auf bestehende Programme u.a. zum Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen, Angebote für Teilzeit-Qualifizierung und -Ausbildung, Wiedereinstieg nach Familien- oder Pflegezeiten, aBeratungs- und Lotsenprojekte in den Regionen, Ausbau der Kinderbetreuung mit bis zu zehn Stunden, Betreuungszeiten sowie Maßnahmen zur Aufstockung von Teilzeitbeschäftigung
- Keine neuen Maßnahmen

Die Linke

- Gleichstellung von Frauen, ebenso queeren Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte, als weitreichende soziale, arbeitsmarkt- und bildungspolitische Aufgabe
- Mindestlohn mindestens 15 Euro
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Umwandlung des Entgelttransparenzgesetzes in ein wirksameres Entgeltgleichheitsgesetz
- Erleichterung von Klagen gegen Lohndiskriminierung und Verbandsklagerecht für Gewerkschaften
- Schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- Ausbau von Sprachkursen und Qualifizierungsangeboten
- Erleichterter Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit für Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- mehr Kita- und Krippenplätze mit längeren Öffnungszeiten
- gerechtere Verteilung von Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern
- Einführung 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich

Bündnis90/ Die Grünen

- gezielte Unterstützung von Frauen beim Zugang zu guter Arbeit, wie den Ausbau der Teilzeitausbildung, das Nachholen anerkannter Berufsabschlüsse, Weiterbildung, die mit Familien- und Pflegeaufgaben vereinbar ist, sowie individuelle Beratung und flexible Angebote.
- Stärkeres Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit
- generell Förderung finanzieller Unabhängigkeit von Frauen sowie
- Abbau struktureller Hindernisse und besseren Aufstiegsmöglichkeiten

FDP

- Betonung der Selbstbestimmung von Familien
- Einsatz für flexible Betreuungsangebote, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für den Wiedereinstieg
- Flexible Rahmenbedingungen statt detaillierter staatlicher Programme

BSW

Im Wahlprogramm werden zu spezifischen Programmen oder Maßnahmen keine Angaben gemacht.

Kurzfassung (2/2)

Die Linke hat in ihren Antworten die verschiedenen Fragen zum Punkt 4 zusammengefasst. BSW sowie AfD haben in ihren Wahlprogrammen keine spezifischen Vorschläge zur Wiedereinstieg und Qualifizierung von Frauen.

Fachkräftestrategie und Frauenpotenziale

Gezielte Verknüpfung der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit der Fachkräftestrategie des Landes (z. B. in Pflege, Bildung, Verwaltung, Technik)

CDU

Förderung von Frauen als wichtiger Bestandteil der Fachkräftestrategie

- Frühzeitige Förderung von Mädchen und Frauen für MINT-Berufe
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Pflege und im Bildungsbereich durch Bürokratieabbau
- Moderne Führungsmodelle im öffentlichen Dienst
- Mehr Frauen in Führungspositionen
- Zusammenarbeit mit Wirtschaftskammern zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung

AfD

Im Wahlprogramm werden zu spezifischen Programmen oder Maßnahmen keine Angaben gemacht.

- Förderung einheimischer Nachwuchskräfte statt Zuwanderung
- Prämien für besonders erfolgreiche Auszubildende
- Finanzielle Anreize für Fachkräfte, nach ihrer Ausbildung in Sachsen-Anhalt zu bleiben
- Abschaffung des „Girls' and Boys' Day“: allgemeiner „Zukunftstag zur beruflichen Orientierung“
- Abschaffung der Willkommens- und Anerkennungskultur für illegale Zuwanderer und der entsprechender Förderungen
- Familie, bestehend aus Vater, Mutter und möglichst vielen Kindern, steht im Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Denkens und Handelns

SPD

Fachkräftemangel als zentrale Herausforderung:

Frauen ein noch nicht ausreichend genutztes Fachkräftepotenzial; Qualifizierung, Zuwanderung in- und ausländischer Fachkräfte und gute Betreuungsinfrastruktur sind zentral

- Stärkung von Aus- und Weiterbildung
- Förderung von Frauen, insbesondere auch mit Migrationshintergrund
- Gewinnung von Frauen für MINT-Berufe
- Praxisnahe Berufsorientierung und Ausbildungsoffensiven
- Erhalt des 10-stündigen Kita- und Hortanspruchs
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt

Die Linke

- Gleichstellung von Frauen, ebenso queeren Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte, als weitreichende soziale, arbeitsmarkt- und bildungspolitische Aufgabe
- Mindestlohn mindestens 15 Euro
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Umwandlung des Entgelttransparenzgesetzes in ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz
- Erleichterung von Klagen gegen Lohndiskriminierung und Verbandsklagerecht für Gewerkschaften
- Schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- Ausbau von Sprachkursen und Qualifizierungsangeboten
- Erleichterter Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit für Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- mehr Kita- und Krippenplätze mit längeren Öffnungszeiten
- gerechtere Verteilung von Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern
- Einführung 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich

Bündnis90/ Die Grünen

Systematische Integration der Erwerbsbeteiligung von Frauen in die Fachkräftestrategie mit Fokus auf Abbau struktureller Benachteiligungen, auch durch Einsatz auf Bundesebene

- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Mehr Entgelttransparenz
- Reform des Ehegattensplittings zur Stärkung von Erwerbsanreizen
- Flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und Führung in Teilzeit
- Verbindliche Frauenquoten in Führungspositionen
- Familienfreundlichere Personalpolitik in Wirtschaft und Verwaltung

Kurzfassung

Die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen wird überwiegend als wichtiger Baustein zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Sachsen-Anhalt gesehen, ebenso wie die gezielte Gewinnung in- und ausländischer Fachkräfte. Die AfD lehnt frauenspezifische Fördermaßnahmen ab und fokussiert auf einheimische Fachkräfte und die Förderung von Familien; Zuwanderung wird als Masseneinwanderung von unqualifizierten Ausländern kritisiert.

FDP

Frauen als zentrales Fachkräftepotenzial: Förderung nach flexiblen Rahmenbedingungen und bessere Karrierechancen

- Bessere Kinderbetreuung
- Flexible Arbeitsmodelle
- Transparente Aufstiegsmöglichkeiten
- Gezielte Förderung von Frauen in MINT-Berufen sowie in Pflege, Bildung und Verwaltung

BSW

Gleichstellungspolitik für Sachsen-Anhalt soll an Tradition wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Frauen in der DDR anknüpfen

- Ausbau und Sicherung einer flächendeckenden Ganztagskinderbetreuung
- Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit
- Gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro pro Stunde
- Tarifbindung für Unternehmen, die öffentliche Aufträge oder Fördermittel erhalten
- Ausbau von Pflegeangeboten und gezielte Unterstützung pflegender Angehöriger
- Zuschüsse, Rentenboni und Entlastungsangebote für Pflegepersonen

Frauengesundheit

Sicherung einer flächendeckenden, niedrigschwelligen Versorgung, z.B. Gynäkologie, Geburtshilfe, psychosoziale Angebote), insbesondere im ländlichen Raum

CDU

- Landarztquote zur Fachkräftegewinnung.
- Erhalt und Weiterentwicklung medizinischer und psychosozialer Angebote im ländlichen Raum.
- Fokus auf Personalbindung

AfD

Aus dem Wahlprogramm:

- Schwangerschaftsabbrüche sollen strafrechtlich geregelt bleiben.
- Fokus auf finanzielle Unterstützung für Familien, um Abbrüche zu verhindern
- Ultraschallpflicht im Beratungsgespräch
- Förderung traditioneller Familienbilder
- Ausbau der Unterstützungsstrukturen für ungewollt Schwangere

SPD

- Sicherung bestehender Geburtsstationen (wenn Qualität gewährleistet)
- Ausbau hebammengeführter Kreißsäle
- Landarzt- und Landzahnarztprogramme zur Fachkräftegewinnung
- Stärkung von Familien- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
- Fokus auf medizinische Qualität und Daseinsvorsorge

Die Linke

- Ausbau gynäkologischer, geburtshilflicher und psychosozialer Angebote
- Stärkung geschlechtersensibler Medizin (z.B. Endometriose, Brustkrebs)
- Vollständige Streichung § 218
- Verpflichtung für Krankenhäuser, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten
- Kostenübernahme von Abbrüchen durch Krankenkassen
- Ausbau multiprofessioneller Gesundheitszentren.
- Bundesmittel für Investitionen (bis zu 2,5 Mrd. Euro jährlich)

Bündnis90/ Die Grünen

- Aufbau kommunaler Gesundheitszentren und MVZs (öffentlich statt privat)
- Zentrale Leitstelle für Rettungsdienst und Bereitschaftsdienst
- Starke Betonung reproduktiver Rechte: Abschaffung § 218, Pflicht für Gynäkolog/-innen in Landeskliniken, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen
- Sicherstellung der Ausbildung zu Schwangerschaftsabbrüchen

FDP

- Mobile medizinische Versorgung (Arztpraxen-Busse)
- Digitale psychosoziale Angebote
- Fokus auf Erreichbarkeit und Flexibilität

BSW

- Sicherung reproduktiver Selbstbestimmung.
- Kritik an Kommerzialisierung von Mutterschaft
- Stärkung der Hebammenversorgung
 - volle Vergütung
 - Reform der 1:1-Betreuung
 - Abbau bürokratischer Vorgaben
- Landesprogramme zur Stärkung hebammengeleiteter Kreißsäle
- Einfluss im Bundesrat zur Reform der Honorarstrukturen

Kultur und Wissenschaft

Sicherstellen, dass Frauen in der Kulturförderung des Landes systematisch berücksichtigt und sichtbar gemacht werden – auch unter Einbeziehung historisch marginalisierter Künstlerinnen

CDU

Chancengerechtigkeit ohne Quoten

- Ablehnung starrer Vorgaben oder Quoten
- Transparente Vergabeverfahren (Zusammensetzung Jury)
- Förderung historischer Aufarbeitung, auch wenig bekannter Künstlerinnen, sofern künstlerisch überzeugend
- Unterstützung von Bildungsangeboten zur Sichtbarmachung weiblicher Kulturschaffender

AfD

Ablehnung von Gender-Ansätzen

- Keine Aussagen zur Förderung von Frauen in der Kultur
- Starke Ablehnung von Gendersprache
- Will traditionelle Sprachformen staatlich vorschreiben
- Genderformen werden als feministisch ideologisch motiviert und gesellschaftlich schädlich dargestellt

SPD

Gleichstellung als politisches Kernziel

- Betont strukturelle Benachteiligung von Frauen im Kulturbereich
- Gleichberechtigte Teilhabe ist explizites Förderziel der Kulturförderrichtlinie
- Förderung von Projekten, die Frauenkultur sichtbar machen
- Anregung von Familienstipendien, um Kinderbetreuungs-pauschalen zu erreichen
- Verweist auf hohen Frauenanteil in Führungspositionen der Landeskultureinrichtungen (Stiftungen)

Die Linke

Vielfalt, Teilhabe und strukturelle Gleichstellung

- Klare Forderung nach angemessener Berücksichtigung und Sichtbarkeit von Frauen - auch historisch marginalisierten
- Will verlässliche Finanzierung von Kulturinstitutionen
- Förderung unterrepräsentierter Perspektiven und geschlechtergerechter Erinnerungskultur
- Vorschlag eines Landesförderprogramms für kulturelle Teilhabe und Vielfalt (Co-Kuration, offene Werkstätten, lokale Festivals)

Bündnis90/Die Grünen

Beteiligung der Kulturschaffenden

- Begrüßen das neue Kulturfördergesetz, weil die Förderung erstmals auf rechtliche Grundlagen gestellt wird.
- Fordern stärkere Einbeziehung der Kulturschaffenden in die Ausgestaltung - ausdrücklich auch von Künstlerinnen.
- Ziel: bedarfsgerechte Kulturförderung

FDP

Eigenverantwortung der Kulturschaffenden

- Verweist auf bestehende Kulturförderrichtlinie und Kulturfördergesetz
- Künstlerinnen sollen Fördermöglichkeiten selbstständig nutzen
- Keine spezifischen Maßnahmen zur Sichtbarkeit von Frauen

BSW

Allgemeine Aussagen zu Kultur und Zusammenhalt

- Keine spezifischen Aussagen zur Frauenförderung
- Betont Bedeutung von Kultur für sozialen Zusammenhalt und Gleichstellung
- Fokus auf soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und stabile Strukturen

Kurzfassung

Alle Parteien erkennen die Bedeutung der Sichtbarkeit von Frauen in der Kultur an - aber mit sehr unterschiedlichen politischen Ansätzen: von klaren Gleichstellungszielen (SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) über chancengerechte, aber nicht quotenbasierte Förderung (CDU) bis hin zu Eigenverantwortung (FDP).

AfD und BSW äußern sich nicht konkret; die AfD lehnt Genderansätze grundsätzlich ab.

Politische Positionen zur Geschlechterforschung

Sicherstellen, dass weiterhin in den verschiedenen Fachdisziplinen zur Rolle und Situation von Frauen und Geschlechtern geforscht und gelehrt werden kann

CDU

Wissenschaftsfreiheit, keine politischen Vorgaben

- Betont grundgesetzlich gegebene Freiheit von Forschung und Lehre
- Forschung zu Geschlechterfragen ist ein Teil der wissenschaftlichen Vielfalt und soll stattfinden, wenn wissenschaftlich begründet und qualitativ hochwertig
- Lehnt politische oder ideologische Steuerung ab
- Voraussetzung: leistungsfähige Hochschulen, verlässliche Finanzierung

AfD

Ablehnung von Gleichstellungspolitik und Gender Studies

- Will Gleichstellung aus Hochschulgesetz streichen und durch Gleichberechtigung ersetzen
- Will Gleichstellungsbeauftragte abschaffen
- Lehnt staatliche Frauenförderprogramme ab
- Will Gender Studies abschaffen, da angeblich ideologisch motiviert und angeblich gehen alle Gender Studies auf Judith Butler zurück
- Forschung zu Geschlechterrollen nur als historische/soziologische Analyse akzeptiert
- Fokus: ausschließlich fachliche Qualifikation als Kriterium

SPD

Ausbau der Geschlechterforschung

- Will unbefristete Professuren mit geschlechterbezogener Denomination stärken
- Einschließlich der Professur für geschlechtersensible Medizin in Magdeburg
- Fokus: strukturelle Verstärkung und institutionelle Absicherung

Die Linke

Geschlechterforschung als unverzichtbarer Teil der Wissenschaftsfreiheit

- Setzt auf langfristige Absicherung und Weiterentwicklung geschlechterbezogener Forschung
- Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in allen Fachdisziplinen
- Breites Maßnahmenpaket für bessere Studien- und Karrierebedingungen (BAföG-Reform, 0-Euro-Ticket, Teilzeitstudium, Masterplatzgarantie, TVStud, Tenure Track)
- Fokus: Chancengleichheit, soziale Absicherung, Karrierewege für Frauen und queere Menschen

Bündnis90/ Die Grünen

Dauerhafte Sicherung und starke Gleichstellungsstrukturen

- Wollen Forschungsförderung und Lehrangebote der Geschlechterforschung dauerhaft sichern
- Gleichstellungsbeauftragte sollen rechtlich und finanziell gestärkt werden
- Fokus: strukturelle Gleichstellung und institutionelle Verankerung

FDP

Freiheit der Wissenschaft und bessere Karrierewege für Frauen

- Betont Hochschulautonomie und Freiheit der Forschung
- Forschung zu Geschlechterfragen soll möglich sein, aber ohne ideologische Vorgaben
- Will wissenschaftliche Laufbahnen für Frauen attraktiver gestalten

BSW

Wissenschaftsfreiheit und stabile Beschäftigung, keine spezifische Geschlechterpolitik

- Keine Aussagen zur Geschlechterforschung
- Betont Bedeutung von Wissenschaftsfreiheit und Schutz vor politischer Einflussnahme
- Fokus: Dauerstellen statt Kettenbefristungen, planbare Karrierewege, faire Arbeitsbedingungen

Kurzfassung

Alle Parteien äußern sich zur Freiheit der Wissenschaft und zur Forschung über Frauen und Geschlechter - jedoch mit sehr unterschiedlichen politischen Leitlinien: von gezieltem Ausbau der Geschlechterforschung (SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) über wissenschaftsautonome Qualitätsorientierung (CDU, FDP) bis hin zur klaren Ablehnung von Gleichstellungspolitik und Gender Studies (AfD). Das BSW betont Wissenschaftsfreiheit und stabile Karrierewege, ohne spezifische Aussagen zu Geschlechterforschung.

Frauenperspektiven in Sachsen-Anhalt

Integration von Frauenperspektiven in Landesgeschichte und politischer Bildung, Initiativen zur Verankerung frauenpolitischer Beiträge zur Demokratiegeschichte

CDU

Sichtbarkeit durch Forschung, Digitalisierung und Vermittlung

- Frauen haben die Landesgeschichte entscheidend geprägt
- Will ihre Beiträge stärker in Museen, Gedenkstätten und politische Bildung integrieren
- Fokus auf Digitalisierung historischer Quellen und Förderung entsprechender Projekte
- Besondere Aufmerksamkeit für Frauen in Friedlicher Revolution und Wiederaufbau nach 1990
- Ziel: Frauenleistungen als selbstverständlichen Teil der Demokratiegeschichte vermitteln

AfD

Nationalkonservative Erinnerungspolitik, Ablehnung von Gleichstellung

- Keine Aussagen zu Frauenperspektiven
- Lehnt Gleichstellungspolitik und „Regenbogenideologie“ ab
- Kritisiert bestehende Erinnerungskultur zur NS-Zeit als „Schuldkomplex“
- Will patriotische Kulturpolitik zur Stärkung deutscher Identität
- Fokus: nationale Selbstbehauptung, keine Integration von Frauenbeiträgen

SPD

Gleichstellung als demokratische Aufgabe

- Stützt sich auf das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt
- Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts
- Kooperationen zur politischen Bildung, z. B. „Frauen machen Kommunalpolitik“
- Unterstützung und Verstetigung von Projekten wie „FrauenOrte“ (an 50 Orten) und Forschung zu frühen Kommunalpolitikerinnen
- Ziel: Frauenleistungen sichtbar machen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Linke

Vielfältige Erinnerungskultur und strukturelle Förderung

- Frauen sollen selbstverständlich Teil von Landesgeschichte und Erinnerungskultur sein
- Will Museen, Archive, Gedenkstätten und politische Bildung verlässlich fördern
- Unterstützung von Projekten zu unterrepräsentierten Perspektiven, besonders Frauen- und Gleichstellungsbewegungen
- Plant ein neues Landeshochschulgesetz zur Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten
- Ziel: dauerhafte, gleichberechtigte Berücksichtigung von Frauenbeiträgen

Bündnis90/Die Grünen

Feministische Bildung und Lehrplanreform

- Wollen Frauengeschichten deutlich sichtbar machen
- Setzen besonders an Schulen an: feministische Bildung stärken
- Forderung: verbindliche Verankerung von Frauenleistungen in Literatur, Geschichte, Wissenschaft, Technologie, Politik und Kultur in Lehrplänen.
- Ziel: systematische Integration in Unterricht und politische Bildung

FDP

Moderne Demokratiegeschichte und Frauenperspektive

- Frauenperspektiven sollen berücksichtigt werden, um Demokratiegeschichte vollständig zu vermitteln
- Keine konkreten Programme, aber grundsätzliche Unterstützung
- Fokus: Ergänzung, nicht strukturelle Gleichstellungspolitik

BSW

Ostdeutsche Erinnerung und Gemeinschaft, keine spezifische Frauenpolitik

- Keine direkten Aussagen zu Frauenperspektiven
- Betont Bedeutung ostdeutscher Geschichte und DDR-Gemeinschaftserfahrungen
- Frauen und Männer in der DDR „selbstverständlich gleichberechtigt“ gewesen
- Fokus: Wiederbelebung von Gemeinschaft und Anerkennung ostdeutscher Identität
- Frauenperspektiven werden nicht als eigenständiges Politikfeld adressiert

Kurzfassung

Alle Parteien - mit Ausnahme der AfD - wollen Frauenperspektiven stärker in Landesgeschichte und politische Bildung integrieren. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke verfolgen dabei besonders aktive, strukturelle Gleichstellungsansätze. CDU und FDP setzen auf Sichtbarkeit und Förderung ohne ideologische Vorgaben. Das BSW betont Gemeinschaft und ostdeutsche Erinnerung, aber nicht spezifisch Frauengeschichte. Die AfD lehnt Gleichstellungspolitik ab und verfolgt eine national-konservative Erinnerungskultur ohne Bezug zu Frauenperspektiven.

Soroptimist International Deutschland am 24. August 2026

Wahlprüfsteine: Gleichstellung verteidigen – Demokratie sichern

Die Parteien in Sachsen-Anhalt und ihre Positionen zur Gleichstellungs- und Frauenpolitik

Erläuterung zu Vorgehen und Quellen

Die Arbeitsgruppe Demokratie von Soroptimist International Deutschland (SID) hat für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026 Wahlprüfsteine an CDU, SPD, FDP, Die Linke, Bündnis 90 / Die Grünen, das BSW und die AfD versandt. Die Parteien haben, zum Teil sehr ausführlich, geantwortet. AfD und BSW haben sich trotz wiederholter Anfrage nicht geäußert. Daher hat die Arbeitsgruppe relevante Aussagen aus den jeweiligen Wahlprogrammen von AfD und BSW hinzugenommen bzw. gekennzeichnet, wenn es keine spezifischen Aussagen gab.

Daraus haben wir eine umfangreiche Synopse der Antworten bzw. Aussagen aus für SID besonders relevanten Themen erstellt.

Das vorliegende Dokument gibt einen Überblick zu den Kernaussagen und -forderungen der Parteien. Für die Erarbeitung und Zusammenfassung der Inhalte wurde Microsoft Co-Pilot in Anspruch genommen und die Aussagen anschließend überprüft.

Quellen

Antworten der Parteien CDU, SPD, Die Linke, Bündnis90/Die Grünen, FDP

AfD: <https://afd-regierungsprogramm.de>, abgerufen am 17. Juli 2026

BSW: Landesverband des BSW: Sachsen-Anhalt bleibt anders!, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026, beschlossen am 07. März 2026

Kontakt

Soroptimist International Deutschland | Loebensteinstr. 28 | 30175 Hannover | soroptimist@soroptimistinnen.de | www.soroptimist.de

Vorgehen & Quellen